

EinBlick

von und nach Berlin



Maria Michalk

Mitglied des
Deutschen Bundestages
direkt gewählte Abgeordnete der CDU im
Wahlkreis 156
(Bautzen 1)



Büro im Deutschen Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 7 33 30

Fax: (030) 227 – 7 66 81

E-Mail: maria.michalk@bundestag.de

Wahlkreisbüro Bautzen

Hohengasse 16, 02625 Bautzen

Tel.: (03591) 35 12 05

Fax: (03591) 35 12 07

E-Mail: maria.michalk@wk.bundestag.de

Internet: www.maria-michalk.de

Bautzen, den 27. Januar 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Lausitz feierten vor allem die Kinder in dieser Woche die Vogelhochzeit. Das wissen inzwischen auch meine Kollegen hier in Berlin. Sie haben sich daran gewöhnt, dass ich zu diesem Anlass Lausitzer Vogelnester verteile und ließen sich diese erneut schmecken. So ist das Tempo der Sitzungswoche leichter zu bewältigen.

Und schon neigt sich der erste Monat im neuen Jahr dem Ende. Er war kulturell vom Beginn des Lutherjahres geprägt. Sowohl in Bautzen als auch in Berlin gab es dazu Veranstaltungen. Vor 500 Jahren hat Luther seine Thesen veröffentlicht. Was sie uns heute sagen und welche menschliche, kirchliche und auch politische Bedeutung sie haben, das wird in unterschiedlichen Formen beleuchtet. Ich bin froh, dass die Ökumene den Schwerpunkt bildet. Politisch ist daran zu erinnern, dass zu seinem 500. Geburtstag, der 1983 begangen wurde, die SED Luther zum Träger „progressiver Traditionen“ erklärte und deshalb seinen Geburtstag aufwändig feierte. Ziel war, die innere Stabilisierung der DDR durch seine Vereinnahmung zu erreichen. Doch das scheiterte. Lutherseminare wurden zu Diskussionsforen für politische Veränderungen und sind damit ein Mosaikstein zum Fall der Mauer.

Wie Sie den Medien entnommen haben, fand diese Woche auf SPD-Seite eine Umbildung der Regierung statt. Minister Gabriel verlässt das Wirtschaftsministerium und ist neuer Außenminister. Die ehemalige Justizministerin, Frau Zypris, ist Wirtschaftsministerin. Der Bewerber für das Amt des Bundespräsidenten, Herr Steinmeier, war diese Woche in der Fraktionssitzung und hat seine Visionen vorgestellt. Es gab viele Nachfragen. In 14 Tagen findet die Wahl des Bundespräsidenten statt. Das ist immer wieder ein herausragendes Ereignis. Ich hatte das große Glück, seit der Wiedervereinigung Deutschlands bei allen Bundespräsidentenwahlen dabei zu sein. Der erste, den ich mitgewählt habe, war Roman Herzog. Ich durfte ihm für unsere Fraktion den Blumenstrauß übergeben. Am Dienstag haben wir uns von ihm mit einem festlichen Trauergottesdienst und Staatsakt verabschiedet. So ist das Leben!

Herzliche Grüße

Ihre

I. Die politische Lage in Deutschland

1. dass dies so bleibt.

II. Die Woche im Parlament

1. USA bleiben wichtigster Verbündeter außerhalb der EU.

Die ersten Maßnahmen des neugewählten US-Präsidenten haben gezeigt, dass er seinen Schwerpunkt auf die amerikanische Innenpolitik legen will. Bei seiner außenpolitischen Linie deutet sich an, dass er in manchen Bereichen umsteuern wird. Wir sollten aufmerksam die weitere Entwicklung verfolgen, aber auch mit selbstbewusster Gelassenheit unsere Standpunkte vertreten..

Deutschland und die USA verbindet eine lange Freundschaft. Daran werden wir festhalten. Unter Freunden spricht man miteinander und pflegt das Verhältnis zueinander. Deshalb wird unser Fraktionsvorsitzender im Februar nach Washington reisen.

Wir werden darauf dringen, dass das gesamte westliche Bündnis auch weiterhin auf ein regelbasiertes, auf gemeinsamen Werten beruhendes, gemeinsames Handeln setzt. Dies gilt für die Sicherheit wie für die internationale Wirtschafts- und Handelsordnung.

2. Deutsche Wirtschaft in sehr guter Verfassung.

Auch der letzte Jahreswirtschaftsbericht dieser Wahlperiode bestätigt die stabil positive Wirtschaftsentwicklung trotz eines schwierigen internationalen Umfelds. Die Arbeitslosigkeit befindet sich auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung, die Beschäftigung auf einem Höchststand. Die Löhne und Gehälter verzeichnen starke Zuwächse. Für das Jahr 2017 erwartet die Bundesregierung ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,4 Prozent.

Die gute Wirtschaftsentwicklung ist auch Ergebnis unserer Haushalts- und Finanzpolitik der schwarzen Null und der ständig steigenden Ausgaben für Bildung und Forschung. Aber wir lehnen uns nicht zurück. In Bereichen wie Digitalisierung, Fachkräftesicherung, Flexibilität des Arbeitsmarktes, Bezahlbarkeit der Energieversorgung oder Integration von Migranten müssen wir erhebliche Herausforderungen anpacken.

Ein großes Anliegen ist uns, die kräftig angehobenen Bundesmittel für öffentliche Investitionen schneller in die Tat und in konkrete Vorhaben umzusetzen. Das Geld muss schneller in die Straße, ins Breitband und in die Kindergärten kommen. Der Jahreswirtschaftsbericht enthält eine Übersicht der vielfältigen Maßnahmen zur Stärkung öffentlicher wie auch privater Investitionen. Dies bestärkt uns darin, den Haushaltsüberschuss 2016 aus Gründen der Generationengerechtigkeit jetzt zur Tilgung von Schulden zu verwenden.

3. Technik für unsere Sicherheit nutzen.

Der terroristische Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz und die jüngsten Gewaltexzesse in Berliner U-Bahnhöfen haben gezeigt, dass die Ausweitung der Videotechnik unerlässlich ist. Nicht nur

dient der Einsatz dieser Technik der Verfolgung von Straftätern. Videoüberwachung wirkt insbesondere im Bereich der Alltagskriminalität abschreckend, denn auf gestochene scharfe Bilder „in flagranti“ sind wenige Täter scharf.

Dass sich der rot-rot-grüne Senat in Berlin weiterhin gegen eine Ausweitung der Videoüberwachung sperrt, ist nicht nachvollziehbar – zumal Täter erst jüngst innerhalb von Stunden nach der Veröffentlichung von Bildsequenzen identifiziert werden konnten. Im Bund tun wir alles dafür, um die Videoüberwachung an sensiblen Punkten zu stärken. Deshalb beraten wir in dieser Woche mit dem Videoüberwachungsverbesserungsgesetz einen Vorschlag unseres Bundesinnenministers, der den Einsatz dieser Technik an öffentlich zugänglichen Anlagen wie Einkaufszentren und Sportstätten erleichtert.

Darüber hinaus wollen wir der Bundespolizei den Einsatz automatischer Kennzeichenlesesysteme ermöglichen, um besser nach gesuchten Fahrzeugen und Insassen fahnden zu können. Auch wollen wir durch Technik unsere Polizisten besser schützen. Deshalb schaffen wir die Voraussetzung zum Einsatz körpfernah getragener Kameras, sogenannter Bodycams. Die kleinen Geräte sind geeignet, Gewalt gegen Polizeibeamte einzudämmen und zugleich Straf- und Ordnungswidrigkeiten besser verfolgen zu können.

4. Unbedingt zu erwähnen ist für diese Woche auch die Leistungskraft der Landwirtschaft und der verarbeitenden Industrie. Auch wir konnten uns auf der „Grünen Woche“ davon überzeugen. Die Oberlausitz war sehr gut vertreten.

II. Die Woche im Parlament

1. **Jahreswirtschaftsbericht 2017.** Der Jahreswirtschaftsbericht 2017 listet die wirtschaftspolitischen Reformen der Bundesregierung auf und enthält ihre aktuelle Projektion zur wirtschaftlichen Entwicklung 2017. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird nach Erwartung der Bundesregierung im Jahresdurchschnitt noch einmal um etwa 50.000 Personen zurückgehen. Die wirtschaftspolitische Debatte dazu hat im Bundestag gezeigt, wie unterschiedlich diese positive Entwicklung bewertet wird.
2. **Jahresgutachten 2016/2017 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.** Im aktuellen Gutachten weist der Rat auf die möglichen negativen Auswirkungen von Renationalisierung und Protektionismus in Europa und der Welt auf einen offenen Welthandel hin. Er mahnt vor diesem Hintergrund einen schnellen Abschluss von TTIP und ein entschiedenes Eintreten für die Grundfreiheiten in der Europäischen Union an. Darüber hinaus empfiehlt er weitere wirtschaftspolitische Reformen und bürokratische Entlastungen der Wirtschaft.
3. **Gesetz zur Ergänzung des Finanzdienstleistungsaufsichtsrechts im Bereich der Maßnahmen bei Gefahren für die Stabilität des Finanzsystems und zur Änderung der Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie (Finanzaufsichtsrechtsergänzungsgesetz).** In erster Lesung beraten wir einen Gesetzentwurf zur Umsetzung der Empfehlungen des Ausschusses für Finanzstabilität vom Juni 2015 sowie zu Änderungen am Recht der Wohnimmobilienkredite. Zum einen soll die Bankenaufsicht mit zusätzlichen Instrumenten ausgestattet werden, um Spekulationen an Immobilienmärkten bei der Kreditvergabe zu bekämpfen. Zum anderen vereinheitlichen wir bei Wohnimmobilienkrediten die Vorschriften zur Kreditwürdigkeitsprüfung. Damit begegnen wir

Unsicherheiten der Banken bei der Vergabe von Darlehen, die zum Nachteil von Darlehensnehmern ausfallen können.

4. **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Ausbildungsunterstützung der Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak und der irakischen Streitkräfte.** Wir stimmen über den Antrag der Bundesregierung auf Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der Ausbildungsunterstützung der Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak und der irakischen Streitkräfte namentlich ab. Durch die Verbesserung der Ausbildung der Peshmerga-Kräfte unterstützen wir aktiv die Stabilisierung der Region und die Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Seit Beginn des Mandats konnten gemeinsam mit den europäischen Partnern bereits über 12.000 Sicherheitskräfte ausgebildet werden. Das Mandat soll bis zum 31. Januar 2018 verlängert werden und die personelle Obergrenze unverändert bei 150 Soldaten bleiben.
5. **Fortsetzung und Erweiterung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) auf Grundlage der Resolutionen 2100 (2013), 2164 (2014), 2227 (2015) und 2295 (2016) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 25. April 2013, 25. Juni 2014, 29. Juni 2015 und 29. Juni 2016.** Wir beraten und stimmen namentlich ab über den Antrag der Bundesregierung über die fortgesetzte und erweiterte Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali. Mit dem Einsatz tragen wir zur Stabilisierung Malis sowie des weiteren Sahel-Raums und Libyens bei. Das Mandat wird bis zum 31. Januar 2018 verlängert und die bisherige Obergrenze auf bis zu 1000 Soldaten erhöht. Die deutsche Beteiligung an der Mission umfasst im Wesentlichen Führung und Führungsunterstützung, Sicherung und Schutz, sanitätsdienstliche Versorgung sowie Lufttransport und ggf. Luftbetankung.
6. **Zweite Verordnung zur Änderung der Sportanlagenlärmschutzverordnung.** Um den Spielbetrieb auf Sportanlagen zu fördern, werden die Immissionsschutzwerte für die abendlichen Ruhezeiten von 20 bis 22 Uhr sowie die Ruhezeiten an Sonn- und Feiertagen an die tagsüber geltenden Grenzwerte angepasst. So erhöhen wir die Nutzungsmöglichkeiten der Anlagen und fördern aktiv den Freizeit- und Breitensport.
7. **Erstes Gesetz zur Änderung des Düngegesetzes und anderer Vorschriften.** Im Rahmen des nationalen Aktionsprogramms zum Schutz von Gewässern und Böden erlassen wir eine neue Düngeverordnung. Dazu beschließen wir in zweiter und dritter Lesung notwendige Ergänzungen und Erweiterungen des Düngegesetzes.
8. **Zweites Gesetz zur Novellierung von Finanzmarktvorschriften auf Grund europäischer Rechtsakte (Zweites Finanzmarktnovellierungsgesetz – 2. FiMaNoG).** In erster Lesung beraten wir neue Regulierungen für Finanzhandelsplätze und Finanzmarktprodukte. Wir wollen Aufsichtslücken schließen und mehr Transparenz und Anlegerschutz schaffen, indem wir bessere Überwachungs- und Eingriffsbefugnisse der Aufsichtsbehörden ermöglichen und die Vereinheitlichung und Verschärfung der Sanktionsmöglichkeiten regeln.
9. **Fünftes Gesetz zur Änderung des Sprengstoffgesetzes.** In zweiter und dritter Lesung setzen wir in diesem Gesetz verschiedene EU-Richtlinien zur Bereitstellung, zum Inverkehrbringen und zur

Kontrolle pyrotechnischer Gegenstände für zivile Zwecke um. Zudem kommen wir einer Vorgabe zur Errichtung eines Systems zur Rückverfolgbarkeit nach, wonach Registrierungsnummern für diese Gegenstände eingeführt werden sollen.

10. **Gesetz zu den Vorschlägen der Europäischen Kommission vom 7. März 2016 für Beschlüsse des Rates zur Festlegung von Standpunkten der Union in den Stabilitäts- und Assoziationsräten EU – Republik Albanien sowie EU – Republik Serbien im Hinblick auf die Beteiligung der Republik Albanien sowie der Republik Serbien als Beobachter an den Arbeiten der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte und die entsprechenden Modalitäten im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 168/2007 des Rates.** Wir schaffen die innerstaatlichen Voraussetzungen für eine spätere Beschlussfassung auf europäischer Ebene, um Albanien und Serbien die Teilnahme als Beobachter an der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte zu ermöglichen. Damit verabschieden wir in zweiter und dritter Lesung ein Gesetz, welches einen Beitrag zu Grundrechtsschutz und Rechtsstaatlichkeit in beiden Ländern leistet.
11. **Biodiversität schützen – Taxonomische Forschung ausbauen.** Der Schutz der biologischen Vielfalt auf unserem Planeten ist eine wichtige und schwierige Zukunftsaufgabe. Mit unserem Antrag, den wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner einbringen, unterstreichen wir die Bedeutung der taxonomischen Forschung, die sich der wissenschaftlichen Erfassung, Beschreibung und systematischen Einordnung von Tieren, Pflanzen, Pilzen und Mikroorganismen widmet. Darüber hinaus fordern wir die Bundesregierung dazu auf, diesen Forschungszweig weiter zu fördern und die Taxonomie durch den Aufbau von Kompetenzclustern und universitären Schwerpunktprogrammen in Deutschland weiter zu stärken.
12. **Pharmazeutische Forschung gegen Infektionskrankheiten stärken – Nationale Wirkstoffoffensive starten.** Um der wachsenden Zahl von resistenten Krankheitserregern zu begegnen, braucht es leistungsfähige und innovative Wege der Arzneimittelforschung und -entwicklung. Im Zentrum unseres Antrags stehen deshalb die Förderung der Grundlagen- und klinischen Forschung im Bereich der Antiinfektiva sowie die Unterstützung produktorientierter Projekte. Dies dient der Entwicklung neuartiger Wirkstoffkandidaten, um Infektionskrankheiten künftig noch wirksamer bekämpfen zu können.
13. **Gesetz über das Fahrlehrerwesen und zur Änderung anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften.** Wie im Koalitionsvertrag zugesagt, beraten wir in erster Lesung Änderungen der Fahrlehreraus- und -weiterbildung und verbessern somit die Ausbildung von Fahranfängern. Mit Maßnahmen zur Entbürokratisierung wollen wir Fahrschulen, die überwiegend kleinstbetrieblich geprägt sind, finanziell entlasten. Dem Nachwuchsmangel an Fahrlehrern begegnen wir mit einer Überarbeitung der beruflichen Zugangsvoraussetzungen.
14. **Gesetz zur Änderung des Güterkraftverkehrsgesetzes, des Fahrpersonal-gesetzes, des Gesetzes zur Regelung der Arbeitszeit von selbständigen Kraftfahrern, des Straßenverkehrsgesetzes und des Gesetzes über die Errichtung eines Kraftfahrt-Bundesamtes.** Ziel des Gesetzesentwurfs, den wir in erster Lesung beraten, ist die Anpassung mehrerer verkehrspolitischer Gesetze. Dabei stehen redaktionelle Änderungen im Vordergrund. Zusätzlich werden erforderliche Rechtsgrundlagen unter anderem beim Bundesamt für Güterkraftverkehr geschaffen, um europarechtlichen Erfordernissen nachzukommen.

15. **Gesetz zur Modernisierung der epidemiologischen Überwachung übertragbarer Krankheiten.** In erster Beratung widmen wir uns der Einführung eines elektronischen Melde- und Informationssystems für übertragbare Krankheiten gemäß Infektionsschutzgesetz. Durch eine durchgängig elektronische Informationsverarbeitung sollen Verantwortlichen in Gesundheitsämtern oder Landesbehörden Informationen noch schneller vorliegen.
16. **Gesetz zur Verbesserung der Fahndung bei besonderen Gefahrenlagen und zum Schutz von Beamtinnen und Beamten der Bundespolizei durch den Einsatz von mobiler Videotechnik.** In erster Lesung diskutieren wir Neuregelungen im Bundespolizeigesetz, um die von Bundesinnenminister de Maizière gemachten Vorschläge zur Erhöhung der inneren Sicherheit zu realisieren. Mit dem Einsatz mobiler Videotechnik (Bodycams) und automatischer Kennzeichenlesesysteme sowie der Befugnis zur Aufzeichnung von eingehenden Telefonaten in Einsatzleitstellen stärken wir polizeiliche Befugnisse. Personen, die eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen, dürfen nicht in das Bundesgebiet und damit den Schengenraum einreisen. Hierfür wollen wir klarstellen, dass personenbezogene Daten zum Zwecke der Ausschreibung zur Einreiseverweigerung in das Schengener Informationssystem über das polizeiliche Informationssystem (INPOL-Bestand) eingegeben werden dürfen.
17. **Gesetz zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes – Erhöhung der Sicherheit in öffentlich zugänglichen großflächigen Anlagen und im öffentlichen Personenverkehr durch optisch-elektronische Einrichtungen (Videoüberwachungsverbesserungsgesetz).** Nach bislang geltendem Recht beruht die Zulässigkeit der Videoüberwachung auf der Abwägung, inwieweit schutzwürdige Interessen von Betroffenen überwiegen. Mit unserem Gesetzesentwurf, den wir in erster Lesung beraten, legen wir fest, dass bei der Videoüberwachung von öffentlich zugänglichen großflächigen Anlagen, wie Sportstätten, Einkaufszentren oder Parkplätzen, und öffentlich zugänglichen großflächigen Einrichtungen des öffentlichen Schienen-, Schiffs- und Busverkehrs der Schutz von Leben, Gesundheit oder Freiheit der Personen, die sich in diesen Räumen aufhalten, als ein besonders wichtiges Interesse zu gelten hat.
18. **Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2014/52/EU im Städtebaurecht und zur Stärkung des neuen Zusammenlebens in der Stadt.** Dieser Gesetzesentwurf, den wir in erster Lesung beraten, dient vor allem der Anpassung des Städtebaurechts an aktuelle europarechtliche Regelungen. Zur Stärkung des Zusammenlebens in der Stadt greifen wir dabei aktuelle Entwicklungen und Problemlagen auf und unterbreiten konkrete Lösungsvorschläge zur Umsetzung.
19. **Wissenschaftskooperation mit Partnern in Subsahara-Afrika stärken.** Wissenschaftlich-technischer Fortschritt birgt große Chancen auf Wachstum, Wohlstand und sozialen Frieden. Wir begrüßen deshalb die vielfältigen Aktivitäten der Bundesregierung im Bereich der Wissenschaftskooperation mit (Subsahara-)Afrika. Ressortübergreifende Kohärenz, die Nachhaltigkeit der Fördermaßnahmen und die Vernetzung der deutschen Förder- und Mittlerorganisationen sind wichtige Ansätze, um den afrikanischen Kontinent zu stärken. Wir beraten hierzu die Beschlussempfehlung und den Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung.
20. **In 2./3. Lesung haben wir das Selbstverwaltungsstärkungsgesetz beschlossen.** Es dient der Optimierung der Entscheidungen im Krankenkassensystem, bei Zahnärzten und Ärzten und Gemeinsamen Bundesausschuss, die allesamt nach gesetzlichen Vorgaben die medizinische Versorgung in unserem Land organisieren. Uns war mehr Transparenz wichtig.

III. Daten und Fakten

1. **Alternative Wintersportangebote werden immer beliebter.** Die Zahl begeisterter Wintersportler, die sich abseits klassischer Angebote im Schnee betätigen und naturnah erholen wollen, wird immer größer. Wie eine Befragung der Mitglieder des Deutschen Alpenvereins (DAV) ergab, stieg allein die Zahl der Schneeschuhgeher innerhalb der letzten zehn Jahre um mehr als das Zweieinhalbfache. Damit bewegen sich über 220.000 Sportler regelmäßig abseits des alpinen Skisports und helfen damit dem Wandel hin zu einem nachhaltigen und breiter gefächerten Wintertourismus. Diese Entwicklung fördert vor allem Gebiete am Rande der Alpen und jene, die auf umfangreiche Ausbaumaßnahmen bewusst verzichten. Zum Angebot gehören unter anderem Rodeln, Skitouren und naturverträgliche Winterwanderungen, die für alle Alters- und Schwierigkeitsstufen angeboten werden.

(Quelle: Deutscher Alpenverein)

IV. Termine:

Einladung

Sehr geehrte Damen und Herren,

Fortschritt und gesellschaftliche Entwicklung sind untrennbar mit der wirtschaftlichen Situation verbunden. Ohne Unternehmergeist keine wirtschaftliche Entwicklung. Obwohl die Innovationskraft in unserem Land wächst, die Arbeitslosigkeit sinkt, die Steuereinnahmen sprudeln und die Sozialkassen gut gefüllt sind, gibt es keinen Grund, sich zurückzulehnen. Wachsender Fachkräftemangel und weniger Unternehmensgründungen in Sachsen zwingen uns zum zukunftsweisenden Handeln. Was ist also für die nahe Zukunft zu tun? Darüber möchte ich mit Ihnen diskutieren.

Als Gast habe ich meinen Bundestagskollegen,

Dr. Carsten Linnemann

Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU eingeladen.

Er spricht zum Thema

Zukunft gestalten – wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben.

Danach folgt die moderierte Diskussion.

Ich freue mich, wenn ich Sie zu dieser Veranstaltung begrüßen darf.

Sie findet statt am

Donnerstag, dem 2. Februar 2017, um 19.00 Uhr

im Hotel Residence, Wilthener-Straße 32, 02625 Bautzen.

Im Anschluss wollen wir auf das neue Jahr anstoßen und bei einem kleinen Imbiss den persönlichen Austausch fortsetzen.

Mit freundlichen Grüßen



Einen Überblick der Termine finden Sie auf meiner Internetseite unter:

www.maria-michalk.de

Impressum:

- Wahlkreisinformationsdienst MdB Maria Michalk, Tel. 03591 – 35 12 05
- Wenn Sie aus dem Verteiler gestrichen werden wollen, teilen Sie das bitte mit unter maria.michalk@wk.bundestag.de.